

# Pressespiegel



## 3. Petersburger Dialog

„Deutschland und Russland in Europa“

St. Petersburg, 10.-12. April 2003

**Basler Zeitung, 11.04.03**

POLITIK AUSLAND

**Schröder und Putin würdigen «Petersburger Dialog»**

St. Petersburg. SDA/DPA. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und der russische Präsident Wladimir Putin haben die Bedeutung des gesellschaftlichen Dialogs für die deutsch-russische Verständigung unterstrichen. «Was immer wir auf Regierungsebene gestalten können bleibt Stückwerk ohne gute Kontakte in den Gesellschaften», sagte Schröder am Freitag beim dritten «Petersburger Dialog» in der russischen Stadt. Er und Putin hatten dieses Gesprächsforum vor zwei Jahren ins Leben gerufen. «Der Dialog ist ein guter Beleg für die weitere Annäherung unserer Länder», bilanzierte Putin.

Mehr als 150 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien diskutieren in der Universität von St. Petersburg noch bis Samstag über Wege, wie die Menschen beider Völker zueinander finden und Vorurteile abbauen können. Den Vorsitz führen der frühere sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow und der ehemalige deutsche Regierungssprecher Peter Boenisch. «Russen und Deutsche haben Grosses geleistet, um nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zueinander zu finden», sagte Gorbatschow. Jetzt sei es die wichtigste Aufgabe, neben den staatlichen Kontakten den Dialog der beiden Gesellschaften zu stärken.

12.04.2003, F.A.Z., Politik, Seite 3

**An einem Tisch mit den Alternatiwtschiki  
Beim "Petersburger Dialog" haben es die russischen Kritiker des Kremls und  
Nichtregierungsorganisationen schwer / Von Reinhard Veser**

SANKT PETERSBURG, 11. April. Aller guten Dinge sind drei. Beim dritten Petersburger Dialog, zu dem am Freitag Bundeskanzler Schröder und der russische Präsident Putin nach Sankt Petersburg kommen wollten, ist zum dritten Mal die Klage zu hören, daß die russischen Nichtregierungsorganisationen und russische Kritiker des Kremls nicht eingeladen wurden. Das ist mißlich, weil das jährliche Forum von den beiden Staatsmännern im Herbst 2000 als Begegnung der Zivilgesellschaften beider Länder ins Leben gerufen worden war. Zweimal - nach den ersten Treffen in Sankt Petersburg 2001 und in Weimar vor einem Jahr - haben die russischen Organisatoren Besserung versprochen.

Schon vor Beginn des diesjährigen Petersburger Dialogs sagten deutsche und russische Organisatoren nun ein Projekt zu, das ohne die Kreml-Kritiker nicht verwirklicht werden kann. Die Initiative dazu ging freilich nicht vom Petersburger Dialog aus. Wenige Tage vor dem Treffen hatte die "Koalition für einen demokratischen Zivildienst", ein Bündnis von etwa 50 russischen Organisationen, den Petersburger Dialog mit Unterstützung des Moskauer Büros der Heinrich-Böll-Stiftung öffentlichkeitswirksam zur Zusammenarbeit aufgefordert. Die russischen Organisationen knüpften dabei an das Schlußdokument des Petersburger Dialogs vom vergangenen Jahr an, in dem als künftige Aufgabe des Forums ein "Erfahrungsaustausch über Zivildienste in beiden Ländern" genannt wird. Nur fehlt es in dem Forum dieses Jahr an Vertretern von Organisationen, die in dieser Frage kompetent sind.

Dabei kann am Beispiel der "Koalition für einen demokratischen Zivildienst" exemplarisch deutlich werden, unter welchen Bedingungen Nichtregierungsorganisationen in Rußland arbeiten. Das Verhältnis zwischen solchen Gruppen und der Staatsmacht hat sich in den vergangenen Jahren verändert: "Unter Jelzin wurden wir in Ruhe gelassen, aber ignoriert. Seit einiger Zeit interessieren sich die Behörden für uns, aber dieses Interesse ist nicht immer positiv", sagt Jurij Dschibladse, einer der Köpfe der "Koalition". Putin habe erkannt, daß die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Bevölkerung verankert seien und daß sie nicht mehr ohne weiteres übergangen werden könnten. Daher versuche der Kreml nun, sie für sich nutzbar zu machen, um Unterstützung für den Präsidenten zu mobilisieren. Daher zeigten die Organe der Staatsmacht in jüngster Zeit tatsächlich mehr Gesprächsbereitschaft als früher, sagt Dschibladse. Gleichzeitig allerdings werde versucht, deutlich kremlkritische Organisationen an den Rand zu drängen. Auf der anderen Seite hätten die Nichtregierungsorganisationen in den vergangenen drei, vier Jahren begonnen, sich für Gesetzgebungsprozesse zu interessieren, und versuchten immer stärker, durch Lobby-Arbeit bei Abgeordneten, in Behörden und Ministerien und durch Kampagnen Einfluß zu nehmen, sagt Dschibladse. So sei tatsächlich so etwas wie ein Dialog in Gang gekommen. "Es geht langsam und mühsam, aber es geschieht etwas." Allerdings müßten sich Gruppen wie die "Koalition" immer genau überlegen, auf welche Gespräche sie sich einlassen "und wo die Grenze ist, von der an wir manipuliert werden sollen".

Jedenfalls ist es teilweise der Arbeit zivilgesellschaftlicher Bündnisse zu verdanken, daß die Duma im Juni vergangenen Jahres ein Gesetz über den Zivildienst beschlossen hat - neun Jahre, nachdem die Verfassung mit dem Recht auf

Kriegsdienstverweigerung in Kraft trat. Sie konnten Abgeordnete auf ihre Seite ziehen und eine Mehrheit der Ministerien und sogar einen Teil der Präsidialverwaltung von ihren Argumenten überzeugen. Durchgesetzt allerdings haben sich am Ende die Militärs, so daß das Gesetz in Wirklichkeit eines zur Verhinderung des Zivildienstes ist: Kriegsdienstverweigerer müssen dreieinhalb Jahre dienen. Verkürzen können sie ihre Dienstzeit um ein halbes Jahr, wenn sie in den Kasernen des Militärs leben - eine schreckliche Vorstellung in einer Armee, in der es zur Norm gehört, daß ältere Kameraden und Offiziere die Rekruten quälen. Die Arbeit der "Alternatiwtschiki" laufe auf einen Kriegsdienst ohne Waffe hinaus, sagt Jurij Dschibladse. Der Dienst in den meisten sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern dagegen ist durch das Gesetz verboten: Diese werden von Städten und Gemeinden unterhalten, doch in kommunalen Einrichtungen dürfen die Verweigerer nicht arbeiten. Die "Koalition für einen demokratischen Zivildienst" kümmert sich um die jungen Männer, die sich von diesen Umständen nicht abschrecken lassen, und kämpft für eine Änderung des Gesetzes. Daß sie sich beim Petersburger Dialog Gehör verschaffen konnte, hat zu einem Ergebnis geführt: Im Herbst soll es eine Veranstaltung über die Erfahrungen mit dem Zivildienst in Deutschland geben. Durch das Gewicht, das der Petersburger Dialog als Forum hat, dessen Schirmherren der deutsche Bundeskanzler und der russische Präsident sind, gewinnt auch das Thema an Bedeutung. Und vielleicht ist dies ein Anfang dafür, daß aus der Veranstaltung etwas entsteht, das mehr ist als eine Schau zur Feier der Freundschaft zweier Regierungen.

**Viel Rhetorik**

**Der deutsch-russische Dialog - Kontroversen nicht erwünscht / Von Reinhard Vesper**

SANKT PETERSBURG, 13. April

Wer zur Zeit des Kriegs im Kosovo vor vier Jahren ein deutsch-russisches Gesprächsforum besuchte, erlebte eine heftige Konfrontation: hier die Deutschen, die geschlossen für die Luftangriffe der Nato in Jugoslawien waren, dort die Russen, die sie einheitlich ablehnten. Während die Deutschen den Krieg als Kampf zum Schutz elementarer Menschenrechte und gegen ein verbrecherisches Regime verstanden, sahen die Russen darin einen Angriff auf das jugoslawische Volk. Die solchen Veranstaltungen eigene Versöhnungs- und Partnerschaftsrhetorik klang auf beiden Seiten wie eine lästige Pflichtübung, zwischen Deutschen und Russen schienen sich in der Frage von Krieg und Frieden kaum überbrückbare Abgründe aufzutun. Während des Petersburger Dialogs, der von Donnerstag bis Samstag in der Heimatstadt des russischen Präsidenten Putin stattfand, war davon nichts mehr zu spüren - im Gegenteil: Zwischen den russischen Teilnehmern und einer großen Mehrheit der Deutschen herrschte in der Ablehnung des Irak-Krieges so großes Einvernehmen, daß er als Thema zwar allgegenwärtig war, daß aber nur wenig über ihn gesprochen wurde, weil es nichts gab, worüber man hätte diskutieren können.

Bedeutet die Einigkeit in der Frage des Irak-Krieges, daß Deutsche und Russen einander nähergekommen sind, daß sie einander besser verstehen als vor vier Jahren?

Bundeskanzler Schröder sagte in Petersburg, die deutsch-russischen Beziehungen seien so gut wie seit mehr als hundert Jahren nicht mehr. Er und der russische Präsident Putin lobten die vielfältigen Kontakte zwischen beiden Ländern, die zum besseren Verständnis der Völker beitragen. Anders als während des Kosovo-Krieges scheinen solche Worte derzeit der Wirklichkeit zu entsprechen - und doch klingt diese Rhetorik heute noch schaler und abgestandener als damals, denn die Einigkeit gründet auf dem Verschweigen. Fragen wie Beutekunst oder der Tschetschenien-Krieg, in denen es zum Streit hätte kommen können, wurden im großen Plenum des Petersburger Dialogs nicht erwähnt.

In den informellen Gesprächen während der Kaffeepausen und der Buffets an den Abenden, zum Teil auch in den Arbeitsgruppen freilich wurde deutlich, daß man einander in Wirklichkeit nicht sehr nahe ist, selbst in der Ablehnung des Irak-Krieges nicht. Auch wenn von beiden Seiten das Leiden der Zivilbevölkerung im Irak und die Sorge um die Weltordnung als Gründe dafür vorgetragen werden, geht es um anderes: den einen um Größe, Macht und Einfluß der eigenen Nation, den anderen um den eigenen, von den Problemen der Welt nicht gestörten Frieden. Kam die Sprache auf die leidende Zivilbevölkerung in Tschetschenien, war eine Verständigung zwischen Deutschen und Russen schwieriger. Russische Gegner dieses Krieges waren nur wenige anwesend, denn die Teilnehmer waren sorgfältig ausgewählt worden.

Interessant wurde es immer dann, wenn Gegensätze aufeinanderprallten - nicht nur in inhaltlichen Fragen, sondern auch in der Art und Weise, Themen anzugehen. In diesen Momenten wurden auch die Differenzen der russischen Teilnehmer untereinander ebenso wie der deutschen Teilnehmer untereinander deutlich, was einen Blick in die jeweils andere Gesellschaft erlaubt, auch wenn es sich nur um eine Momentaufnahme handelt. Doch für diesen offenen Streit ist auf dem Petersburger Dialog wenig Raum. Schließlich gibt es einen klaren Arbeitsauftrag. Die einzelnen Arbeitsgruppen zu Politik, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien sollen Empfehlungen und Vorschläge für Projekte erarbeiten, die einer Intensivierung des deutsch-russischen Dialogs dienen

und Schröder und Putin vorgelegt werden sollen. Um zu solchen Vorschlägen zu gelangen, müssen schon in den Arbeitsgruppen Kompromißformulierungen gefunden werden, die beide unterschiedlichen Positionen versöhnen - oder die Gegensätze auslassen. Dialog ist in diesem Kontext keine wertneutrale Bezeichnung für offene und ehrliche Auseinandersetzung, sondern ein Synonym für Verständigung. Die Idee eines Forums, auf dem sich für einige Tage Deutsche und Russen aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft zu thematisch umrissenen Diskussionen treffen, ist nicht schlecht. Solche Begegnungen können tatsächlich zu einem besseren Verständnis beitragen. Auch die Verbindung mit einem Treffen von deutschem Bundeskanzler und russischem Präsidenten ist nicht von Übel, schließlich entsteht dadurch eine größere Öffentlichkeit. Der Fehler der Konstruktion ist, daß der Petersburger Dialog in dasselbe diplomatische Korsett gezwängt wird, in dem auch die Begegnungen der beiden Staatsmänner verlaufen müssen.

Neue Zürcher Zeitung

## Vereint gegen den Unilateralismus

### Petersburger Gipfel beschwört unklare europäische Vision

**An ihrem zweitägigen Treffen in St. Petersburg haben sich der russische Präsident Putin, der deutsche Bundeskanzler Schröder und der französische Präsident Chirac gegen einen Unilateralismus gewandt, der ihrer Ansicht nach eine stabile Weltordnung gefährdet. Sie forderten einen Wiederaufbau des Iraks unter Uno-Obhut.**

pf. St. Petersburg, 13. April

Am Samstag ist das kurzfristig anberaumte Treffen von Präsident Putin mit dem französischen Staatsoberhaupt Chirac und dem deutschen Bundeskanzler Schröder in St. Petersburg mit der nachdrücklichen Forderung nach einer Rückkehr zum Multilateralismus unter Uno-Obhut, aber ohne konkrete Vorschläge und Resultate, zu Ende gegangen. Die drei «Verlierer» in der Irak-Krise, die sich mit ihren Vorstellungen gegenüber den Amerikanern und Briten nicht hatten durchsetzen können, waren sich an ihrem zweitägigen Gipfel vor allem einig darin, was sie nicht wollten. Chirac rief zur Verhinderung einer Welt auf, in der ein Land dem anderen seinen Willen aufzwingt. Der von der juristischen Fakultät der Petersburger Universität mit einem Ehrendokortitel ausgezeichnete deutsche Bundeskanzler wandte sich dagegen, internationales Recht durch unilaterale Aktionen in Frage zu stellen; der Mensch könne nur frei sein in einem entwickelten und gesicherten Rechtssystem.

#### Gewalt nur als letztes Mittel

Der üblicherweise kühl-pragmatisch argumentierende russische Präsident redete sich geradezu in Rage, als er seine Zuhörer dazu aufforderte, das T-Shirt eines Kameramanns zu betrachten, das mit einem Porträt von Che Guevara verziert war. Dieser sei einer der markantesten Verfechter des Exports des Sozialismus gewesen. Man wisse, wozu das geführt habe, erklärte Putin. Nun dürfe es die Weltgemeinschaft nicht zulassen, dass ein kapitalistisches Demokratiemodell mit Gewalt exportiert werde. Demokratie müsse sich aus den Gesellschaften heraus entwickeln.

Für die in Petersburg versammelten Staatsoberhäupter war klar, dass der Krieg der Alliierten im Irak völkerrechtswidrig gewesen ist, weil er ohne ein ausdrückliches Uno-Mandat und ohne Ausschöpfung aller friedlichen Mittel erfolgte. Gut zwei Stunden ihrer gemeinsamen Zeit widmeten sie am Samstag der Teilnahme an einer kurzfristig organisierten internationalen Konferenz zum Thema «Frieden, Sicherheit und internationales Völkerrecht». Nach fast 50 Jahren eines Gleichgewichts des Schreckens dürfe nicht zugelassen werden, dass das von manchen proklamierte «Ende der Geschichte» zu einer Rückkehr des Krieges als Mittel der Konfliktlösung führe, erklärte Chirac. Gewalt dürfe nur als letztes Mittel und nur mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft eingesetzt werden. Auf dem Spiel stehe die Fähigkeit, eine neue Weltordnung zu schaffen, die auf der Freiheit der Völker und dem Respekt vor ihrer unterschiedlichen Identität basiere.

#### Reformbedürftiges internationales Recht

Professoren aus Russland, Frankreich, Deutschland und den USA verurteilten einhellig die ihrer Ansicht nach in letzter Zeit manifest gewordene Tendenz der USA, sich vom einstigen Hüter zum Totengräber des Völkerrechts zu wandeln. Dem Hamburger Rechtsprofessor Otto Luchterhand blieb es überlassen, daran zu erinnern, dass es auch im Völkerrecht vielfach keine einheitliche Lehrmeinung gibt. So existiere kein einheitlich akzeptiertes Gewaltmonopol der Uno. Im Gegenteil sei das Gewaltmonopol traditionell ein Wesensmerkmal des Nationalstaates und der Sicherheitsrat der Uno keine mit entsprechenden Sanktionsmitteln ausgestattete Weltregierung.

Der Sicherheitsrat trage zwar die Haupt-, jedoch keine Alleinverantwortung für die Durchsetzung des Völkerrechts. Lügen schwere Rechtsverletzungen vor und sei der Sicherheitsrat etwa durch das Veto eines Mitglieds blockiert oder nicht handlungsfähig, so existiere zumindest nach Meinung bedeutender Völkerrechtler eine subsidiäre Verantwortung der Mitgliedstaaten. Was Putin, Chirac und Schröder vom Völkerrecht forderten, nämlich ein effizientes Mittel zur Durchsetzung einer von allen getragenen Weltordnung zu sein, das sei es in der Praxis bisher kaum gewesen. Solle das internationale Rechtssystem ein solches Mittel werden, bedürfe es einer breiten Reform.

### **Hilfe bei Wiederaufbau unter Uno-Obhut**

Leider wurde am Petersburger Gipfel die Gelegenheit verpasst, Vorstellungen zu formulieren, wie eine solche Reform der internationalen Rechtsordnung aussehen könnte. Pathetische Aufrufe zur Wahrung der auf dem Völkerrecht basierenden existierenden Weltordnung erschienen etwas scheinheilig. Schliesslich hatten Russland und Frankreich in der Vergangenheit selbst häufig durch politisches Taktieren zur Lähmung des Sicherheitsrates und damit zur Untergrabung von dessen Glaubwürdigkeit beigetragen.

Konkret begrüsst Putin, Schröder und Chirac ausdrücklich das Ende des despotischen Regimes von Saddam Hussein. Es gelte nun, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Deutschland, Frankreich und Russland sei vordringlich daran gelegen, dass im Irak Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, eine humanitäre Katastrophe verhindert und der Wiederaufbau vorangetrieben werde. Dies müsse möglichst schnell unter der Obhut der Uno geschehen, denn nur diese sei dazu legitimiert und habe genügend Erfahrung darin. Putin forderte zudem eine Rückkehr der Uno-Waffenkontrolleure, denn nur diese könnten - bisher erstaunlicherweise noch nicht gefundene - Massenvernichtungswaffen verifizieren. Überraschend erklärte sich Putin auch dazu bereit, im Rahmen der G-8 und des Pariser Clubs ein Erlass der irakischen Schulden zu prüfen.

### **Stärkere Anbindung Russlands an die EU**

Ursprünglich war das Treffen zwischen Putin und Schröder im Rahmen des bereits zum dritten Mal durchgeführte deutsch-russischen Diskussionsforum «Petersburger Dialog» geplant gewesen. An der parallel zum Gipfel durchgeführten Veranstaltung manifestierte sich eine tatsächliche Annäherung zwischen den beiden Seiten. Die Mehrheit sowohl der deutschen wie russischen Teilnehmer schien sich mit dem Ex-Staatschef Gorbatschew einig in der Ansicht, dass ein EU-Beitritt Russlands zwar in nächster Zukunft nicht in Frage komme, der angestrebte Gemeinsame Wirtschaftsraum jedoch schneller realisiert werden müsse. Führende Wirtschaftsexponenten beider Länder regten an, sich für die gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten, Akkreditierungen und Diplomen sowie einen baldigen WTO-Beitritt Russlands einzusetzen. Bei den Visa-Vorschriften versprachen Putin und Schröder Erleichterungen. Wie aus diplomatischen Kreisen verlautete, ist als erstes eine Erteilung von Gratis-Visa für den Schüler- und Studentenaustausch und ein erleichterter Erhalt von Mehrfach-Visa für Geschäftsleute vorgesehen.

Angesichts der verhältnismässig harten Kritik des russischen Staatschefs gegenüber den USA wurde in St. Petersburg bereits darüber spekuliert, ob sich Putin nun dem ökonomisch Näherliegenden definitiv zugewandt und statt der transatlantischen Freundschaft eindeutig einer verstärkten Assoziation mit der EU verschrieben habe. Die in letzter Zeit häufigen Wechsel der konjunkturellen Lage in Sachen Freundschaftsbeteuerungen lassen eher den Schluss zu, dass es Putin relativ gut versteht, die sich jeweils gerade anbietenden freundschaftliche Ambitionen seiner verschiedenen «strategischen Partner» für seine eigenen Interessen zu Nutzen zu machen.

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2003/04/14/al/page-article8SPEA.html>**

**ots, Freitag 11. April 2003, 16:24 Uhr**

## **Petersburger Dialog ist keine 'Allianz der Miese peter' / Struck zum Blauhelm-Einsatz im Irak / Der Bundesverteidigungsminister im Exklusiv-Interview**

Berlin (ots) - Vor dem Hintergrund der Kriegsentscheidung im Irak sei der anstehende "Petersburger Dialog" zwischen Frankreich, Russland und Deutschland keine 'Allianz der Miese peter', wie sie von amerikanischer Seite bezeichnet wurde. Diese Auffassung hat Bundesverteidigungsminister Peter Struck in einem Exklusiv-Interview mit dem Nachrichtensender N24 vertreten. In der Sendung "Berlin Intern" sagte Struck: "Der Petersburger Dialog ist ein ganz normaler Dialog zwischen Deutschland und Russland und zwischen den Freunden Putin und Schröder. Es wäre falsch, aus diesem Treffen die Schlussfolgerung zu ziehen, da würden irgendwelche Sonderwege gefahren. Dass ist nicht unsere Absicht, und auch nicht die Absicht Frankreichs", so Struck.

Jetzt gehe es darum, "nach vorne zu sehen" und über den Wiederaufbau des Iraks zu diskutieren und "wieder Ruhe und Ordnung herzustellen mit Hilfe der Amerikaner und Engländer". Ob sich daran auch deutsche Blauhelm-Soldaten beteiligen werden, schloss Struck nicht aus.

Er machte jedoch klar, dass sich Deutschland hier nicht unmittelbar in der Pflicht sehe. Struck: "Wenn die Vereinten Nationen der Auffassung sind, dass diejenigen, die das Land aufbauen sollen, auch militärischen Schutz bedürfen, dann stellt sich die Frage, wer gewährt diesen Schutz. Dann möchte ich in aller Bescheidenheit darauf verweisen, dass wir bereits mit 9000 Soldaten im Auslandseinsatz sind. Wir stellen das zweitgrößte Kontingent nach den Amerikanern", betonte Struck. Daher müssten sich "diese Frage auch andere europäische Staaten stellen".

Über finanzielle Aufbauhilfen werde das Bundeskabinett beraten. Struck rechnet mit "einer ganzen Palette von Forderungen auch an Deutschland". Allerdings sei der Irak kein armes Land, erinnerte der SPD-Politiker. Darum sollten "Erlöse aus dem Ölverkauf im Land bleiben", um damit den Wiederaufbau zu finanzieren.

N24 zeigt das Interview mit Bundesverteidigungsminister Peter Struck heute um 17.30 Uhr im Politik-Magazin "Berlin Intern". Wiederholungen: samstags um 2.30 Uhr und 6.30 Uhr sowie sonntags um 23.30 Uhr.

Der Tagesspiegel, 14.04.03

## Stockender Dialog

**Differenzen zwischen Berlin und Moskau über Demokratie gefährden  
Gesprächsforum**

*Von Claudia von Salzen, St. Petersburg*

Das Ziel war von Anfang an hoch gesteckt. Von der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen hänge die Zukunft Europas ab, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin am Wochenende beim Petersburger Dialog. Dieses Gesprächsforum, bei dem sich mehr als 100 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Medien trafen, ist von Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder gegründet worden. Doch die beiden Politiker haben unterschiedliche Vorstellungen davon, was dieses Treffen leisten soll. Die Bundesregierung möchte mit dem Dialog vor allem die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Russland fördern, ohne die es nach den Worten Schröders keine funktionsfähige Demokratie geben könne. Für eine vom Staat unabhängige Zivilgesellschaft ist aber offenbar in Putins Modell einer „gelenkten Demokratie“ kein Platz. In St. Petersburg nannte er drei Säulen, auf denen die Beziehungen der beiden Staaten ruhen: Politik, Wirtschaft sowie „Kultur und Humanitäres“, darunter der Jugendaustausch. Kein Wort von Gesellschaft oder gar Zivilgesellschaft.

Diese gegensätzlichen Ausgangspositionen belasten den Petersburger Dialog. Vertreter der russischen Zivilgesellschaft waren gar nicht erst eingeladen. Dabei hatten die Deutschen das Fehlen der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) schon seit dem ersten Treffen vor zwei Jahren bemängelt. Jedes Land ist über den so genannten Lenkungsausschuss selbst für die Auswahl der Teilnehmer verantwortlich. Die Deutschen luden in diesem Jahr beispielsweise Vertreter von Amnesty international und Attac ein. Der russische Lenkungsausschuss entschied sich erneut fast ausschließlich für regierungsnahen Teilnehmer. Die NGOs blieben ebenso draußen vor der Tür wie Vertreter der Opposition. Die russischen NGOs seien zu stark politisiert, sagte der Duma-Abgeordnete Oleg Morosow, der für die Auswahl der Teilnehmer mitverantwortlich war. Dafür waren gleich zwei Vertreter der „Einheit der Jugend“ geladen – der Jugendorganisation der präsidententreuen Kreml-Partei „Einiges Russland“. In der Arbeitsgruppe, die sich mit der Zivilgesellschaft beschäftigte, war eine fruchtbare Diskussion praktisch nicht möglich. Am Ende wurde eine Konferenz zu den Problemen des Zivildienstes in Russland vereinbart – der Anstoß dafür kam allerdings von außen, von der Heinrich-Böll-Stiftung und einem Dachverband russischer NGOs.

Die Stiftungen, die einen großen Teil der Kosten des Petersburger Dialogs tragen, überlegen bereits, ob sie das Forum unter diesen Bedingungen überhaupt weiter finanzieren sollen. Zwar gibt es konkrete Projektergebnisse in den Bereichen Jugendaustausch, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft – aber vieles davon, heißt es in Teilnehmerkreisen, wäre ohnehin zustande gekommen.

Der Austausch von Wissenschaftlern oder Jugendlichen wurde in letzter Zeit allerdings durch restriktivere Visa- und Aufenthaltsregelungen in Russland extrem erschwert. Schröder versprach nun in St. Petersburg, dass die beiden Außenminister schnell Abhilfe schaffen würden. In einem konkreten Fall waren Appelle der Bundesregierung aber bisher vergeblich: Seit Jahren erhalten drei Deutsche, die sich mit Umweltschutz in Russland, mit dem Aufbau der Zivilgesellschaft sowie dem Tschetschenien-Krieg beschäftigen, keine Visa mehr. Einer von ihnen, ein Greenpeace-Mitarbeiter, der beim Auswärtigen Amt arbeitet, war zum Petersburger Dialog eingeladen – aber wieder verweigerte ihm die russische Botschaft ein Visum.